

**Bericht der Expertenkommission
zur Überprüfung des Straßenverzeichnisses
der Stadt Bremerhaven im Hinblick auf etwaige
Namensgeber aus der Zeit des Nationalsozialismus**

I. Auftrag

Der Magistrat der Stadt Bremerhaven hat sich mit Beschluss vom 13. Juni 2012 dafür ausgesprochen, von einem aus anerkannten Fachleuten und Historikern zusammengesetzten Expertengremium Beurteilungskriterien entwickeln zu lassen, anhand derer eine Überprüfung des Straßenverzeichnisses ermöglicht wird.

Aufgabe der Kommission ist es, einen Kriterienkatalog zu erarbeiten, daraus konkrete Recherchestrategien abzuleiten, die gewonnenen Erkenntnisse zu bewerten und dem Magistrat Vorschläge für das weitere Vorgehen zu unterbreiten.

Kommissionsmitglieder:

Mit Beschluss vom 26. September 2012 hat der Magistrat in die Expertenkommission folgende Mitglieder berufen:

Uwe Lissau (Vorsitz), Bremerhaven, Präsident des Amtsgerichts Bremerhaven

Dr. Hartmut Bickelmann, Bremerhaven, Historiker, Leiter des Stadtarchivs

Dr. Manfred Ernst, Bremerhaven, Rechtsanwalt und Notar, Stadthistoriker

Dr. Bernd Gausemeier, Berlin, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte

Prof. Dr. Inge Marszolek, Bremen, emeritierte Lehrstuhlinhaberin an der Universität Bremen

Ferner ist der Kommission die Möglichkeit eingeräumt worden, bei Bedarf weitere fachkundige Personen (ohne eigenes Stimmrecht) hinzuzuziehen.

Die Berufungen der Kommissionsmitglieder sind durch den Oberbürgermeister mit Schreiben vom 27. September 2012 ausgesprochen worden.

Mit der Protokollführung wurde Thomas Lipka, Vermessungs- und Katasteramt Bremerhaven, beauftragt; diesem Amt war die Kommission organisatorisch zugeordnet.

II. Vorarbeiten

Das Kommissionsmitglied Dr. Bickelmann hat Vorarbeiten dergestalt vorgenommen, dass er aus den ca. 250 Straßen in Bremerhaven mit personenbezogenen Namen entsprechend dem vorbezeichneten Arbeitsauftrag des Magistrats diejenigen aufgelistet hat, deren

Namensgeber zur NS-Zeit gelebt haben. Dadurch hat sich eine Liste ergeben, auf der noch 81 Personen aufgeführt sind (*Anlage 1*).

Zudem hat Dr. Bickelmann aus dieser Liste die Namen derjenigen gestrichen, die als NS-Opfer, Widerstandskämpfer, Kommunisten, Sozialdemokraten, Pazifisten oder anderweitig als nicht in das NS-Regime involvierte Personen bekannt sind (*Anlage 2*). Diese Auflistung ist um zwei weitere Personen der Geburtsjahrgänge ab 1928 aufgrund deren Lebensalters erweitert worden (Mildred Scheel, Christiane Herzog).

Demgemäß hat sich eine Liste von 40 Personen ergeben, die noch zur Überprüfung verblieben sind (*Anlage 3*).

Die drei vorstehend erwähnten Listen wurden von der Kommission auf ihrer ersten Sitzung am 18. Oktober 2012 diskutiert und als Grundlage für die folgende Recherche einstimmig gebilligt.

III. Recherchekriterien

Auf Vorschlag des Vorsitzenden hat die Kommission in ihrer ersten Sitzung am 18. Oktober 2012 ferner Kategorien beschlossen, in die die infrage stehenden Personen einzuordnen sind:

1. Ablehnung des NS-Regimes oder keine Nähe zum NS-Regime feststellbar
2. Ambivalente Haltung zum NS-Regime
3. Aktive Unterstützung des NS-Regimes
4. Persönliche Beteiligung an Verbrechen

IV. Fachkundige Personen

Im Verlauf ihrer Arbeit hat die Kommission den Historiker Dr. Hanno Balz, Universität Bremen, jetzt Johns Hopkins University Baltimore, U.S.A., hinzugezogen.

V. Arbeitsverlauf

Der erste Recherchebericht von Dr. Hanno Balz vom 04. Februar 2013 (*Anlage 4*) über die in der Anlage 3 aufgeführten Personen ist in der zweiten Sitzung der Expertenkommission am 15. Februar 2013 erörtert worden. Die Kommission hat unter Berücksichtigung von ergänzenden mündlichen Erläuterungen von Dr. Balz jeden Namensgeber einer Bewertung unterzogen und ist einstimmig zu dem Ergebnis gelangt, dass folgende acht Straßennamen zu einer eingehenden Überprüfung Anlass geben:

Adolf Ahrens

Georg Borttscheller

Adolf Butenandt

Gustav Frenssen

Otto Hersing

Albert Pfitzer

Ferdinand Porsche

Walter Delius

Die abschließende Recherche von Dr. Balz vom 11. Juni 2013 mit einer Anmerkung des Kommissionsmitgliedes Dr. Bernd Gausemeier zu Adolf Butenandt (*Anlage 5*) ist Grundlage für die Abschlusssitzung der Expertenkommission am 06. August 2013 gewesen.

VI. Arbeitsergebnis

Adolf Ahrens (1879 – 1957)

Recherche Dr. Balz:

Ahrens war ein führender Kapitän des Norddeutschen Lloyd und erlangte Berühmtheit, als er das Passagierschiff „Bremen“ 1939 bei Kriegsausbruch getarnt von New York nach Murmansk steuerte und schließlich von dort durch die englischen Seeblockaden nach Bremerhaven. Die „Bremen“ war damals das größte deutsche Handelsschiff und Ahrens galt

nach seiner Fahrt als Kriegsheld, der den Engländern die Erbeutung dieses Prestige-Schiffs verwehrte.

Ahrens trat 1934 der NSDAP bei und wurde 1939 zum Kommodore ernannt.

Seine Erlebnisse hat er seitdem in mehreren Bestsellern literarisch verarbeitet, zuerst in „Die Siegesfahrt der Bremen“ von 1940. Eine Kurzversion dieses Buchs erschien kurz darauf als Heft 36 der „Kriegsbibliothek der deutschen Jugend“ mit dem Titel „Die Bremen schlägt sich durch“. Herausgegeben wurden diese nationalsozialistischen Propagandahefte vom Jugendführer des Deutschen Reiches zusammen mit dem Oberkommando der Wehrmacht.

Ahrens ließ während des Auslaufens aus dem New Yorker Hafen von der Besatzung das Horst Wessel Lied anstimmen. Er bereitete zudem die Eigenversenkung der Bremen vor, damit diese nicht den Engländern in die Hände falle.

In seinem Buch von 1940 findet sich über längere Passagen genuin nationalsozialistische Propaganda. Auch wenn der Text des Buches von einem Ghostwriter geschrieben wurde, kann davon ausgegangen werden, dass folgende Passagen auf Ahrens selbst zurückgehen:

- „Als die ‚Bremen‘ in den Hudson hinausgleitet, mehr als die halbe Strombreite einnehmend, intonierte die Kapelle das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied. Mit erhobenen Armen steht die Mannschaft und singt die Lieder der Nation. Machtvoll schallt das stolze Bekenntnis zu Deutschland über die Piers und den Strom.“
- Kurz vor Kriegsausbruch: „(...) Flug des englischen Botschafters Henderson nach London, der die großzügigen Verständigungsvorschläge des Führers überbringt“.
- Nach dem deutschen Überfall, Anfang September 1939: „Zwar hat die Lage durch die deutscherseits eingeleiteten Vergeltungsmaßnahmen gegen die polnischen Übergriffe eine wesentliche Verschärfung erfahren (...)“.
- 2. September 1939, kurz vor der Kriegserklärung Englands: „Wird es den internationalen Kriegshetzern wirklich gelingen, die Lunte, die sie seit langem lodernd in den Händen schwingen, diesmal an das Pulverfass zu legen? Ruhig, diszipliniert, vertrauensvoll geht der deutsche Arbeiter seinem Schaffen nach. Was die nächsten Stunden auch bringen mögen, er weiß das Schicksal der Nation sicher geborgen in der Hand des Führers. Hat nicht Adolf Hitler sein Wort eingelöst, die Ketten von Versailles zu sprengen? Hat er nicht das deutsche Volk freigemacht, ihm wieder den Platz in der Welt verschafft, der einer großen Nation gebührt? Hat er nicht den tausendjährigen Traum aller Deutschen, in einem Reich vereint zu leben, zur beglückenden Wahrheit werden lassen?“
- „Einem Treueschwur gleich erklingen die Lieder der Nation, ein stolzes, unwandelbares Bekenntnis zu Adolf Hitler und dem Großdeutschen Reich, das er uns schenkte. (...) Den Triumph, gleich zu Beginn des Krieges das schönste und größte Schiff der deutschen Handelsflotte zu erbeuten, wird der Engländer jedenfalls nicht erleben.“

In seinem Entnazifizierungsverfahren gab Ahrens an, er sei nur unter Druck der Partei beigetreten und habe sich 1939 dem Befehl widersetzt, mit der Bremen nach Deutschland umzukehren und stattdessen seine 1700 Passagiere nach New York gebracht. Sich hier als

Widerständler zu inszenieren, ist jedoch nur halb erfolgreich, wird er doch als „Mitläufer“ eingestuft und muss 2.000,- RM „Geldsühne“ zahlen. Im Übrigen verschweigt Ahrens in seiner Darstellung, dass er tatsächlich zum größten Teil den Befehlen der deutschen Marine gefolgt ist.

Vom 15.5.1945 – 13.6.1945 war Ahrens im Lager Westertimke interniert.

Nach dem Krieg ist Ahrens von 1949 – 1953 Mitglied des Deutschen Bundestages für die nationalkonservative Deutsche Partei.

Seine Bücher wurden 1946 in der SBZ auf die „Liste der auszusondernden Literatur“ gesetzt aufgrund ihres „faschistischen“ und „militaristischen“ Inhalts.

Quellen/Literatur:

Adolf Ahrens: „Die Siegesfahrt der Bremen“, Berlin, 1940. („Aufgezeichnet von Christian Hilker“)

Ders.: „Die Bremen schlät sich durch. Heft 36. Kriegsbücherei der deutschen Jugend“, Berlin, o.J.

Entnazifizierungsakte Adolf Ahrens, Staatsarchiv Bremen.

Imke Schwarzrock: „Die 187. Rundreise der Bremen (IV)“, in: Deutsches Schifffahrtsarchiv, Band 30 (2007), S. 69 – 95.

Einstufung durch die Kommission: **Aktive Unterstützung des NS-Regimes**

Empfohlene Maßnahme: **Anbringung eines erläuternden Zusatzschildes unter Berücksichtigung der vorgenannten Expertise des Sachverständigen Dr. Hanno Balz**

Georg Borttscheller (1896 – 1973)

Recherche Dr. Balz:

Borttscheller war Soldat, Jurist, Journalist und später Politiker der FDP, sowie Bremischer Senator für Häfen und Verkehr.

Im 1. Weltkrieg war er Offizier, - seine Einstellung kann als nationalistisch bis völkisch wiedergegeben werden. Zwar war er mit dem jüdischstämmigen Ernst Toller (Münchner Räterepublik) bekannt, doch grenzte er sich auch von diesem bewusst ab. In Borttschellers Erinnerungen von 1970 heißt es zu Toller: „Obwohl ich mittlerweile die alle soldatische Moral zersetzende Tätigkeit Tollers erkannt hatte“ und zu Tollers Selbstmord: „Am Fensterkreuz eines Hotels hat er sich in der Schwermut, die seiner Rasse eigen ist, erhängt.“

Offenbar gehörte Borttscheller nach 1918 einem bayerischen Freikorps an. Ob er an der Niederschlagung der Räterepublik beteiligt war, lässt sich jedoch nicht feststellen. Bis 1921 war er Offizier in der Reichswehr. Nach Jura-Studium und verschiedenen Berufsstationen

wurde er schließlich in Bremen Handelsredakteur und später Chefredakteur der wirtschaftsliberalen Weser-Zeitung. Er stand bis 1933 der DVP nahe.

Die Rolle Borttschellers im Nationalsozialismus ist nicht einfach zu beurteilen. Nachdem die Weser-Zeitung 1934 ihr Erscheinen einstellen musste, übernahm Borttscheller die Geschäftsführung des Bremer Verkehrsvereins.

Borttscheller trat 1937 in die NSDAP ein, wie er später sagte, aus opportunistischen Gründen. Er war allerdings schon seit 1934 SA-Rottenführer der Reserve, außerdem Mitglied des Reichskriegerbundes (da er vorher im Stahlhelm war, dessen Mitglieder automatisch übernommen wurden).

Im Krieg war er ab Oktober 1940 Major der Reserve im Artillerieregiment 158 und nahm an der Belagerung Leningrads teil.

Aufgrund seiner Erfahrungen als hochrangiger Offizier der Artillerie wurde er schließlich ins Heereswaffenamt versetzt und leistete hier einen substanziellen Beitrag zur Rüstungsentwicklung. Er war Abteilungsleiter von „Waffen- und Prüfwesen Versuche“ und ab 1943 in zentraler Position („Führerbefehl“ vom 10.10. 1943) verantwortlich für die Entwicklung der „V 3“ genannten Superkanone (HDP – „Hochdruckpumpe“), die 150 km weit über den Ärmelkanal London beschießen sollte. So war Borttscheller auch im nordfranzösischen Mimoyecques am Kanal mit dem riesigen Bauprojekt der unterirdischen HDP-Anlage betraut worden. Bei dem Bau wurde auch eine große Zahl von Zwangsarbeitern eingesetzt.

Zuletzt wurden auch in Peenemünde Geschosse hierfür gefertigt. Die „Hochdruckpumpe“ kam jedoch im Krieg nur noch sporadisch zum Einsatz bei der Beschießung Luxemburgs aus 60 km Entfernung beispielsweise, um die alliierte Offensive aufzuhalten. Dennoch war Borttscheller noch bis Anfang 1945 mit der Entwicklung und dem Einsatz der HDP betraut. Ein geplanter Beschuss Antwerpens wenige Monate vor Kriegsende kam jedoch nicht mehr zustande.

Laut seiner veröffentlichten Memoiren lehnte es Borttscheller ab, die Wirkung von Hohlladungsmunition an KZ-Häftlingen auf dem Versuchszentrum Hillersleben zu testen. Dies ist nicht mehr zu überprüfen – hier muss ein Fragezeichen stehen bleiben.

Borttscheller war bis September 1945 in Kriegsgefangenschaft und wurde von der Spruchkammer Bielefeld 1948 als „Mitläufer“ eingestuft.

In seinem Entnazifizierungsverfahren gab Borttscheller 1946 an, er sei kein Nationalsozialist gewesen, vielmehr habe er z.B. die jüdische Ehefrau seines Bruders nach dessen Tod finanziell unterstützt und auch in den 1930er Jahren noch weitere Aufträge an jüdische Firmen vergeben. Ehemalige Weggefährten sagen in diesem Verfahren auch aus, Borttscheller habe sich positiv über die Widerständler des 20. Juli 1944 geäußert.

In seinen Memoiren stellte sich Borttscheller als national-liberaler NS-Gegner dar, was sicherlich mit Vorsicht zu genießen ist. So drückte er seine Bewunderung für den Anschluss Österreichs aus und auch für die frühen Erfolge im 2. Weltkrieg. Vor allem aber bedeuteten

die 1940er Jahre für ihn einen enormen beruflichen Aufstieg und hier war er von entscheidender Bedeutung für das System.

Nach weiteren Archivrecherchen können allerdings keine weiteren Aufschlüsse darüber gewonnen werden, inwiefern Borttscheller direkt an Verbrechen beteiligt waren, z.B. im Bezug auf Kriegsgefangene oder KZ-Insassen.

Literatur:

Akten des Heereswaffenamtes, Bundesarchiv Militärarchiv, Freiburg.

Georg Borttscheller: „Bremen. Mein Kompass“, Bremen 1970.

Axel Turra: „Heeresversuchsstelle Hillersleben“, Eggolsheim 2007.

Karsten Porezag: „Geheime Kommandosache. Geschichte der ‚V-Waffen‘ und geheimen Militäraktionen des zweiten Weltkrieges an Lahn, Dill und im Westerwald“, Wetzlar 1996.

Entnazifizierungsakte Georg Borttscheller, Staatsarchiv Bremen.

Entnazifizierungsakte Georg Borttscheller, Landesarchiv NRW.

Einstufung durch die Kommission: **Aktive Unterstützung des NS-Regimes**

Empfohlene Maßnahme: **Anbringung eines erläuternden Zusatzschildes unter Berücksichtigung der vorgenannten Expertise des Sachverständigen Dr. Hanno Balz**

Adolf Butenandt (1903 – 1995)

Recherche Dr. Balz:

Butenandt war ein einflussreicher Biochemiker und Wissenschaftsmanager. Er galt als Koryphäe insbesondere auf dem Feld der Hormonforschungen und bekam hierfür auch 1939 den Nobelpreis zugesprochen, den er jedoch nicht annehmen durfte.

Seit 1925 war er Mitglied des teilweise rechtsradikalen Jungdeutschen Ordens, welcher sich allerdings zunächst ablehnend gegenüber dem Nationalsozialismus verhielt. In den 20er Jahren zeigte Butenandt durchaus antisemitische Züge, für die Zeit nach 1933 sind öffentliche antisemitische Äußerungen jedoch nicht mehr zu verzeichnen, auch setzte er sich in einigen Fällen für jüdisch-stämmige Kollegen ein.

Am 11.11. 1933 war er einer der Unterzeichner des „Bekennnisses der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat“.

1936 wurde er, trotz Aufnahmesperre, in die NSDAP aufgenommen (außerdem Mitglied: DAF, NS-Lehrerbund). Im gleichen Jahr wurde er Direktor des Instituts für Biochemie am Kaiser-Wilhelm Institut in Berlin. Kurz darauf wurde jedoch ein Gutachten für die Kreisleitung

der NSDAP in Göttingen von Seiten der Hochschulgruppe Göttingen des NS-Dozentenbundes erstellt. Darin heißt es, Butenandt sei „mit großer Vorsicht zu bewerten.“ Und weiter: „Nach der Machtübernahme hat er nicht die geringsten Berührungspunkte mit dem Nationalsozialismus bekommen und er steht ihm noch genauso fremd wie vor der Machtübernahme gegenüber.“

Diese Beurteilung steht allerdings in gewissem Widerspruch zu dem o.g. „Bekenntnis“. Auch lässt sich eher sagen, dass Butenandt erst in den späteren 1930er Jahren vom „Erfolg“ des Nationalsozialismus überzeugt wurde.

1945 stand Butenandt zunächst auf der Fahndungsliste der US-Militärregierung, konnte seine Karriere jedoch bald unbeschadet fortsetzen.

Von 1960 bis 1972 war er Präsident der Max-Planck Gesellschaft.

Seit 1960 ist Butenandt Ehrenbürger der Stadt Bremerhaven.

Butenandts Rolle im Nationalsozialismus ist in den letzten Jahren ausgiebig und teilweise kontrovers diskutiert worden. Es steht zumindest fest, dass er Mitwisser von teilweise verbrecherischen Experimenten und Versuchen war und nach dem Krieg versuchte, NS-Täter reinzuwaschen.

Aus dem umfangreichen Forschungsprojekt zur Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus entstand ein Sammelband, der sich allein Adolf Butenandt widmete.

Zu den in der Forschung aufgebrauchten Vorwürfen im Einzelnen:

- Butenandt beanspruchte für sich, ausschließlich der Grundlagenforschung und damit einer „reinen Wissenschaft“ nachzugehen. Dennoch verfolgte er in den späten 30er und frühen 40er Jahren kriegswichtige Forschungsprojekte und nahm in seinem Institut militärische Auftragsforschung an, vor allem im Bereich der Virusforschung. In seinem Institut wurde beispielsweise an Impfstoffen gegen verschiedene Tierseuchen geforscht, da angenommen wurde, die Alliierten könnten solche Erreger als biologische Kriegswaffe einsetzen. Auch laborierte ein Mitarbeiter Butenandts an der Isolierung des Kartoffel-Y-Virus als biologische Offensivwaffe. Ab 1942 arbeiteten Butenandt und die ihm unterstellten Forscher eng mit der Luftwaffe zusammen. Roth/Ebbinghaus gehen davon aus, dass er über seine Einbindung in der deutschen Akademie für Luftfahrtforschung auch von KZ-Experimenten der Luftwaffe in Dachau wusste. Dies ist jedoch in der Forschung umstritten. Butenandts Mitarbeiter Gerhard Ruthenstroth-Bauer jedoch, und davon wusste Butenandt als Vorgesetzter und Projektleiter, setzte sechs Minderjährige aus der psychiatrischen Landesanstalt Brandenburg-Görden für Versuche in einer Unterdruckkammer ein. Auch wenn bei diesen Menschenversuchen offenbar niemand zu Schaden kam, überschritten diese Versuche alle medizinisch-ethischen Grenzen. Vor dem Hintergrund der Euthanasieprogramme an der Landesanstalt erhält dieser Umstand zusätzliches Gewicht.

Eine ähnliche „Kontaktschuld“ betrifft Butenandts Kontakte zu seinem Schüler Ulrich Westphal, der am Institut für Physiologie und Wehrchemie (nicht-tödliche) Menschenversuche in einer Kältekammer vornahm. Auch hier ist zumindest von einer Mitwisserschaft Butenandts auszugehen.

Neueste Erkenntnisse werfen weitere Fragen auf, so schreibt der Spiegel in einem Artikel über Mengele und die Kaiser Wilhelm Gesellschaft 2005:

„Unklar bleibt die Rolle Butenandts (1903 bis 1995), dessen Erkundung der Sexualhormone und Proteine zu den größten Wissenschaftsleistungen des 20. Jahrhunderts gehört. Neuentdeckte Dokumente werfen einen Schatten auf den Top-Chemiker: Offenbar erwog er, die antibiotische Wirkung von Schimmelpilzen an Menschenlebern zu testen. Auch sein "Hämopoetin-Projekt" ist verdächtig. Butenandt suchte einen Stoff zur schnellen Vermehrung der roten Blutkörperchen, um die Sauerstoffsättigung in den Adern zu erhöhen. Schwerverletzte Soldaten, auch Piloten, sollten so länger bei Bewusstsein gehalten werden. Ende 1944 war das Unternehmen so weit gediehen, dass eine Phase der Menschenversuche hätte beginnen können. Aber wurden sie auch gestartet? Diese Frage ist immer noch nicht gelöst.“

- Einen besonderen Fall stellt Butenandts Verhältnis zu Otmar von Verschuer dar, dem Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik. Dieses Verhältnis ist in der Forschung immer noch umstritten, wenngleich im Kern Einigkeit besteht, dass auch hier Butenandt als Mitwisser gesehen werden muss, immerhin war Verschuer ein persönlicher Freund Butenandts und an gemeinsamen Forschungsprojekten beteiligt.

Verschuer arbeitete an einer (absurden) serologischen Diagnose zur Identifizierung menschlicher „Rassen“. Berüchtigt ist hier der Fall, dass sich Verschuer von seinem ehemaligen Assistenten Josef Mengele 200 menschliche Blutproben verschiedener „Rassen“ aus Auschwitz hat schicken lassen, während Mengele der Mitarbeiterin Verschuers, Karin Magnussen, 200 Paar menschliche Augen schickte. Nach dem Krieg leugnete dies Verschuer nicht, gab aber an, nicht gewußt zu haben, dass Auschwitz ein Vernichtungslager war. Die weitere Forschung an den Blutproben unternahm Verschuer zusammen mit Günther Hillmann, dem Assistenten von Butenandt. 1946 gibt Verschuer in einer Eidesstattlichen Erklärung an, sein ehemaliger Assistent Mengele wäre als „Lazarettarzt“ in Auschwitz stets unglücklich gewesen: „Von seiner Arbeit ist nur bekannt geworden, daß er sich bemüht hat, den Kranken ein Arzt und Helfer zu sein.“

1949 verfasste Butenandt mit anderen Professoren eine Denkschrift für Verschuer, in welcher sie ihn (und damit sich selbst ebenso) von jeder Schuld freizusprechen suchten. Sie bescheinigten Verschuer „eine gegnerische innere Haltung“ gegenüber dem NS, während Mengele hier lediglich als „Lazarettarzt“ genannt wurde. Schließlich heißt es in der Denkschrift von Butenandt und Co.: „Wie weit Dr. Mengele selbst zu der infrage stehenden Zeit – nämlich während der Übersendung von Blutproben – über die Greuel und Morde in Auschwitz orientiert war, lässt sich aus den verfügbaren Unterlagen nicht erkennen.“ Zu diesem Zeitpunkt war der Name Mengele schon in mehreren NS-Prozessen gefallen. Ein deutscher Haftbefehl erging dennoch erst 1959.

Dies war jedoch nicht der einzige „Persilschein“, den Butenandt ausstellte: 1948 trat er als Entlastungszeuge für Heinrich Hörlein im IG-Farben Prozess auf. Hörlein, auch er ein Nobelpreisträger, war bei der IG-Farben AG maßgeblich an der Giftgasproduktion beteiligt. Er wurde freigesprochen.

Bekannt wurde auch, dass Butenandt dem Wissenschaftlichen Beirat von SS-Obergruppenführer Karl Brandt, dem Generalkommissar für das Sanitäts- und Gesundheitswesen, angehörte. Von diesem Kreis um den obersten Mediziner im Nationalsozialismus, so war Brandt verantwortlich für die „T4-Aktionen“ und Menschenversuche, ist bis heute nicht viel bekannt. Brandt wurde im Nürnberger Ärzteprozess zum Tode verurteilt und 1948 hingerichtet.

Butenandt ist (bisher) keine direkte Beteiligung an der Vernichtungspolitik des NS nachzuweisen. Nichtsdestotrotz war er Mitwisser und in hoher Funktion maßgeblich an kriegswichtiger Forschung für das System beteiligt. Er hatte auch nie ein Problem mit dem Umgang mit wichtigen Größen des NS-Systems, genauso wenig wie er moralische Bedenken gegenüber menschenverachtender Forschung von Mitarbeitern oder Kollegen gegenüber äußerte.

Seinen umfangreichen Nachlass säuberte Butenandt eigenhändig und vernichtete offenbar alle Institutsunterlagen mit dem Vermerk „Geheime Reichssache“. Er war sowohl an der „Reinwaschung“ belasteter Kollegen nach dem Krieg beteiligt, wie er auch sich selbst reinzuwaschen verstand, so leugnete er beispielsweise nach dem Krieg zunächst seine Parteimitgliedschaft. Robert N. Proctor stellt in seinem Paper aus dem Forschungsprojekt zur Kaiser-Wilhelm Gesellschaft fest: „Butenandt hat dazu beigetragen, eine neue Konzeption von Wissenschaft populär zu machen, derzufolge Wissenschaft a priori mit politischer Unschuld gleichzusetzen sei. In diesem Sinne hat er dazu beigetragen, die Bemühungen der Nachkriegszeit zu vereiteln, die Mittäterschaft der Wissenschaft bei den Verbrechen der Hitler-Ära aufzuklären, strafrechtlich zu verfolgen und ‚Wiedergutmachung‘ zu leisten.“

Der Streit in den Wissenschaften wird bis heute zum Teil erbittert geführt. Hierzu tragen vor allem die Äußerungen ehemaliger Butenandt-Schüler bei, wie beispielsweise Norbert Hilschmann. Dieser hatte 2006 die Historikerkommission, die, unter dem Vorsitz von Reinhard Rürup, zur Geschichte des Kaiser Wilhelm Instituts forschte und auch den Band über Butenandt herausgab, massiv angegriffen und seinen ehemaligen Lehrer Butenandt in allen Fällen freigesprochen. Der Spiegel titelte daraufhin in einer kurzen Meldung 2006: „Freispruch für Butenandt“.

Hilschmanns Verteidigungsschrift ist jedoch mit Vorsicht zu genießen, da er als Immunbiologe nicht historisch versiert ist und ihm die Absicht, sein Vorbild Butenandt reinzuwaschen doch sehr anzumerken ist.

Butenandt war in der biochemischen Forschung unter dem NS eine zentrale Figur. Er ließ sich von den neuen Möglichkeiten und den Machbarkeitsversprechen der nationalsozialistischen Führung, zu der er direkten, persönlichen Kontakt hatte, hinreißen und war so Teil einer kriegswichtigen und teils verbrecherischen Wissenschaft im Nationalsozialismus. Konkrete Verbrechen sind ihm jedoch (bisher) nicht anzulasten.

Dennoch wurde bereits von der Gesamtkonferenz der Adolf-Butenandt-Schule in Beverstedt 1998 beschlossen, den Schulnamen zu ändern. Die Politik auf Landkreisebene hat hier jedoch bisher noch nichts unternommen.

Anmerkungen des Kommissionsmitglieds Bernd Gausemeier:

Einige Aussagen im Bericht von Dr. Balz bedürfen einer Klarstellung, da sie auf Angaben in den Publikationen von Klee, Proctor und Roth/Ebbinghaus basieren, die nach meinen eigenen Kenntnissen der Quellen missverständlich, spekulativ oder eindeutig falsch sind. Für eine ‚Isolierung des Kartoffel-Y-Virus als biologische Offensivwaffe‘ gibt es ebensowenig Hinweise wie für die ‚Menschenversuche in einer Kältekammer‘. Letztere Behauptung bezieht sich auf ein militärmedizinisches Projekt zur Beeinflussung der Kälteadaptation durch Hormone; bei den hierbei durchgeführten Versuchen mit längeren Aufenthalten im Freien und in kalten Bädern handelte es sich höchstwahrscheinlich um Selbstversuche von Militärmedizinern. Die Angaben aus dem zitierten Spiegel-Artikel (die offenbar auf Proctors Ergebnissen basieren) bestehen durchweg aus Missverständnissen und können für eine historische Bewertung nicht herangezogen werden. Dagegen fehlen Hinweise auf die beiden wohl problematischsten Projekte im Butenandt-Kreis: erstens die Versuche G. Ruhenstroth-Bauers zur Wirkung unspezifischer Immunisierung durch Injektion von Eiweisspräparaten an sowjetischen Kriegsgefangenen, die an Hungerödemen litten. Todesfolgen sind hierbei nicht nachweisbar, eine menschenverachtende und potenziell lebensgefährliche Herangehensweise aber offenkundig. Die Versuche wurden wohl nicht vorher mit Butenandt abgesprochen, ihm aber detailliert berichtet. Zweitens Versuche zur Wirkung vermeintlich gegen Lepra und TBC wirksamer Organpräparate, ausgeführt von J. Schmidt-Thomé an afrikanisch-französischen Kriegsgefangenen in einem ‚Sonderlazarett‘ in Frankreich. Butenandt war an den administrativen Vorbereitungen beteiligt. Tödliche Wirkungen sind hier nicht zwingend anzunehmen, aber wie im zuvor genannten Fall zeigt sich eine Billigung von Versuchen mit wehrlosen, kranken Versuchspersonen. Dieselbe Haltung wird auch im Verschuer-Gutachten sichtbar (das allerdings höchstwahrscheinlich nicht von Butenandt verfasst wurde).

Dass Butenandt seinen Nachlass gezielt säuberte, ist (ausgenommen die von der Luftwaffe als ‚Geheime Reichssache‘ verschickten Dokumente) eine oft wiederholte, aber nicht belegbare Annahme. Die Bewertung der NS-Hochschulgruppe Göttingen sollte nicht als repräsentativ für die Haltung der Partei gegenüber Butenandt (bzw. für dessen eigene politische Haltung) betrachtet werden. Private Äußerungen zeigen deutliche Zweifel an wesentlichen Aspekten der NS-Herrschaft (v.a. Entlassung und Vertreibung von jüdischen Kollegen), aber grundsätzliche Übereinstimmung mit den Prinzipien des Führerstaates. Bis zum Kriegsbeginn ist eine wachsende Loyalität zu beobachten, die durch den Verlust des Nobelpreises einen Rückschlag erfuhr; die Bereitschaft zum vollen Einsatz im Krieg wurde hierdurch aber nicht erkennbar eingeschränkt. Dass Butenandt 1936 trotz exzellenter Angebote nicht in die USA wechselte, war eine bewusste politische Entscheidung.

Es ist demnach in keinem Fall eindeutig nachzuweisen, dass Butenandt selbst Versuche initiierte, in denen bewusst das Leben von Menschen riskiert wurde. Jedoch zeigt seine Duldung von Versuchen an Häftlingen, dass er offenbar keine ethischen Probleme darin sah, die durch die NS-Gewaltherrschaft gegebenen Möglichkeiten zu Humanexperimenten zu nutzen. Die politischen Äußerungen Butenandts zeigen einerseits Parteinahme für das NS-System, aber keine offene Propaganda für seine mörderischen Ziele. Insofern kann Butenandt als typischer Vertreter der ökonomischen und intellektuellen Eliten bewertet werden, dem die Gewalttätigkeit der NS-Bewegung fremd war, aber entscheidend zur Funktionsfähigkeit des Systems beitrug.

Literatur:

Schreiben der Hochschulgruppe der NSD. Dozentenbundes, Kopie aus der Sammlung von Martin Bensen, Beverstedt.

Carola Sachse (Hg.): „Die Verbindung nach Auschwitz. Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten“, Göttingen, 2003.

Wolfgang Schieder/Achim Trunk (Hg.): „Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im ‚Dritten Reich‘“, Göttingen, 2004.

Rüdiger Hachtmann: „Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1933 bis 1945. Politik und Selbstverständnis einer Großforschungseinrichtung“, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 56/2008.

Angelika Ebbinghaus/Karl-Heinz Roth: „Von der Rockefeller Foundation zur Kaiser Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft: Adolf butenandt als Biochemiker und Wissenschaftspolitiker des 20. Jahrhunderts“, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 2002, 50. Jhrg. , Nr. 5.

Karl-Heinz-Roth: „Die Max Planck Gesellschaft und ihre Vorbilder: Eine neue Kontroverse um Adolf Butenandt“, in: Sozial.Geschichte, Heft 1, 2007.

Ernst Klee: „Augen aus Auschwitz“, Zeit-Online, 27. Januar 2000.

Robert N. Proctor: „Adolf Butenandt (1903 – 1995). Nobelpreisträger, Nationalsozialist und MPG-Präsident. Ein erster Blick in den Nachlass“, Reihe Ergebnisse aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Berlin, 2000.

Einstufung durch die Kommission: **Aktive Unterstützung des NS-Regimes**

Empfohlene Maßnahme: **Anbringung eines erläuternden Zusatzschildes unter Berücksichtigung der vorgenannten Expertise des Sachverständigen Dr. Hanno Balz**

Gustav Frenssen (1863 – 1945)

Recherche Dr. Balz:

Frenssen war seit der Kaiserzeit ein bekannter völkischer Heimatdichter und Schriftsteller, dessen Werke bis zum Ende des Nationalsozialismus hohe Auflagen erreichten (insgesamt bis zu 3 Millionen). Er stammte aus Barlt bei Dithmarschen und wurde erst in Hennstedt Dorfpastor, später dann in Hemme.

1901 hatte er seinen ersten großen literarischen Erfolg mit dem Entwicklungsroman „Jörn Uhl“, es folgte Kolonialliteratur und auch religiös gefärbte Literatur („Dorfpredigten“). Seit

dem Anfang des Jahrhunderts lebte er allein von seiner Schriftstellertätigkeit. Bis in die 1920er Jahre war er grundsätzlich national-konservativ eingestellt, wie viele Schriftsteller jener Zeit. Doch waren ab 1923 verstärkt auch antisemitische Tendenzen in seinem Werk festzustellen, - im Laufe der 20er Jahre näherte er sich der nationalsozialistischen Ideologie an und wählte bei der Reichspräsidentenwahl 1932 bereits Adolf Hitler.

Nun äußert sich Frenssen immer öfter auch in Zeitungsartikeln und Aufsätzen zu politischen Fragen. Bereits 1932 macht er sich dabei zum Fürsprecher für die Euthanasie, als er zur Frage der Todesstrafe schreibt: „Ich sage dann aber weiter: Ich kenne keine Schwerverbrecher, sondern nur Kranke, und ich bin der Ansicht, daß man alle unheilbar Geisteskranken, Blödsinnige, Irrsinnige und sogenannte Schwerverbrecher, als für die Menschheit unnütz oder schädlich oder gefährlich auslöschen, und die Anstalten, die sie füllen in den Gebrauch der Volksgesundung geben sollte.“

Zu seinem 70. Geburtstag 1933 wird er von den Nationalsozialisten gefeiert und spricht sich immer stärker für die neue Regierung aus. 1933 und 1934 erscheint eine Reihe von Aufsätzen, in denen sich Frenssen nun deutlich zum NS bekennt: „Arbeitstag des Bauern“ (November 1933), „Deutsche Mütter“ (Weihnachten 1933), „Adolf-Hitler-Koog“ (1934), „Deutsche Weihnacht“ (1934). In der „Deutschen Weihnacht“ gibt Frenssen ein Treuebekenntnis zu Hitler ab: „Niemals, solange es Staaten gibt, hat ein Volk einen Mann schlichter Arbeit, schlichten Volksernstes, harter, zielbewusster Volksarbeit, volkstümlicher Gerechtigkeit und Güte, einen aus sich selbst, aus seinem eigenen Volksgeist, seinem völkischen Geist, zum Führer gehabt. Das deutsche Volk erlebt dieses.“

Ab Mitte der 1930er Jahre scheint sich Frenssen immer mehr als politischer Philosoph denn als Literat zu verstehen. So erscheint 1936 sein neo-heidnisches „Glauben der Nordmark“ und das als völkische Geschichte Deutschlands zu verstehende „Der Weg unseres Volkes“ (1938), in welchem er die christliche Kirche für die Schwächung des Deutschen Reiches in verschiedenen Epochen verantwortlich macht.

Auf den Kriegseintritt Englands reagiert Frenssen 1940 mit seinem wütenden, antisemitischen Pamphlet „Recht oder Unrecht, - mein Land“. Hier verteidigt er beispielsweise (1940!) die Verfolgungsmaßnahmen der Nationalsozialisten gegenüber den deutschen Juden: „Gerecht oder nicht... viele in Deutschland und in der Welt mögen das oft harte Schicksal der deutschen Juden beklagen. Aber, was den Juden geschehn ist, ist auch unserem eigenen ganzen deutschen Volk geschehen!“

Adolf Hitler wird hier wie ein Messias gefeiert: „Was am deutschen Volke geschehen ist, durch diesen einen Mann, ist eine Wandlung, tief aufsteigend aus langer deutscher Vergangenheit, tief im religiösen Geheimnis. Dies deutsche Volk, jahrhundertlang, sozusagen, in fremden Seelenbezirken wohnend, in gespaltenem, zerrissenem, unsicherem Wesen, und dazu noch, besonders seit seinem letzten Zusammenbruch, beschwätzt, verlockt und verführt von fremden, artfremden Göttern, von jüdischem, romanischem, englischem, amerikanischem Wesen: dies Volk, das jahrhundertlang die Klage kennt (...) ist durch den einen Mann, sein Wesen und Wort, sein eigen, sein selbst geworden. (...) Der Hitlerismus, das Hitlertum, eine Sache von gestern? Wohl tausend Jahr lang suchte das deutsche Volk seines Wesens Sinn und Art... Es fand sie.“

Abschließend machen allein diese wenigen Textauszüge bereits deutlich, dass sich Frenssen im Laufe der 1930er Jahre zu einem glühenden Nationalsozialisten entwickelt hatte. Mehr noch als das wurde er für das NS-System zu einem wichtigen Propagandisten, - seine späteren Bücher wurden zum Teil in der Reihe „Grotes-Soldaten-Ausgaben“ als Heft in großer Zahl an die Front geschickt.

Literatur/Quellen:

Kay Dohnke/Dietrich Stein (Hg.): „Gustav Frenssen in seiner Zeit“, Heide, 1997.

Gustav Frenssen: „Der Weg unseres Volkes“, Berlin, 1943.

Derselbe: „Recht oder Unrecht – mein Land!“, Leipzig, 1940.

Einstufung durch die Kommission: **Aktive Unterstützung des NS-Regimes**

Empfohlene Maßnahme: **Anbringung eines erläuternden Zusatzschildes unter Berücksichtigung der vorgenannten Expertise des Sachverständigen Dr. Hanno Balz**

Otto Hersing (1885 – 1960)

Recherche Dr. Balz:

Hersing war während des 1. Weltkrieges ein berühmter deutscher U-Boot-Kapitän, ihm gelang 1914 der erste Schiffsabschuss mit einem Torpedo. Mit dem höchsten Orden „Pur le Merit“ ausgezeichnet, galt er als Kriegsheld. Hersing nahm als Marineoffizier am rechtsradikalen Kapp-Putsch 1920 teil und war während diesem zum Befehlshaber der Marine der Putschisten ernannt worden. Bis 1935 war er dann Verbindungsoffizier der Reichsmarine. Hersing scheint ein glühender Nationalsozialist gewesen zu sein. Er trat bereits 1931 in die Partei ein. 1940 wandte ich seine Frau Klara an die Reichskanzlei mit der Bitte, Adolf Hitler möge ihrem Mann doch ein signiertes Bild von ihm zuschicken. In den dreißiger Jahren wurde er sogar von Hitler persönlich besucht, der ihn zu den Chancen eines U-Boot-Krieges befragte.

Hersings Einspruch gegen die Einstufung in Kategorie III („Minderbelastete“) bei seinem Entnazifizierungsverfahren wurde 1949 stattgegeben, so dass er schließlich als unbelastet galt. Er sei nur „nomineller“ Parteigenosse gewesen ...

Bezeichnenderweise wurde die Straßenbenennung gleich 1933 vorgenommen, da Hersing auch den Nationalsozialisten als wichtiger Kriegsheld galt.

Einstufung durch die Kommission: **Aktive Unterstützung des NS-Regimes**

Empfohlene Maßnahme: **Anbringung eines erläuternden Zusatzschildes unter Berücksichtigung der vorgenannten Expertise des Sachverständigen Dr. Hanno Balz**

Albert Pfitzer (1882 – 1949)

Recherche Dr. Balz:

Pfitzer war ein bedeutender Geodät und 1935 dem Reichsinnenministerium als Fachreferent für die Neuordnung des Vermessungswesens zugeteilt. Ende der 1930er Jahre war er Ministerialdirigent und Abteilungsleiter bei der Obersten Leitung des Vermessungswesens im Reichsministerium des Inneren. In der Hierarchie der Behörde stand er an dritter Stelle. Er trat am 01.05. 1933 in die NSDAP ein.

Pfitzer war wesentlich an der Neugestaltung des Vermessungswesens im Nationalsozialismus beteiligt, so auch in dessen Ausrichtung auf dessen Wichtigkeit für die Kriegsführung, der Nutzbarmachung, wie Pfitzer betonte, der „Karte als Waffe“. Zentrales Arbeitsgebiet war z.B. die Planung des „Westwalls“.

Pfitzer stellte seine Arbeit voll und ganz in den Dienst der nationalsozialistischen Regierung, und schien begeistert von den neuen Aufgaben und Möglichkeiten für das Vermessungswesen im NS, was auch immer wieder in seinen Aufsätzen in der Zeitschrift für Vermessungswesen deutlich wird.

Zitate:

- Die Vermessungs- und Kartenordnung „ist keine statische, sondern eine dynamische Ordnung aus dem Geiste und der Tatkraft der nationalsozialistischen Staatsführung des Dritten Reiches.“
- „Wenn dank dem Siege der nationalsozialistischen Revolution nun die Stunde gekommen ist, zum ersten Male von einer Reichsvermessung sprechen (...) zu dürfen“.
- „Wie wenig die Wirtschaft die Vermessungstechnik beachtete, erhellt auch aus der Tatsache, daß für den Vermessungsberuf der Arier-Paragraph gegenstandslos war. Diesem Beruf haben sich Juden nie zugewandt.“
- „Die Aufgaben und die Behördengliederung müssen demnach auch weitgehend die Erfordernisse der Reichsverteidigung berücksichtigen.“

Die Rolle, welche die modernisierte Kartographie für die nationalsozialistische Kriegsführung spielte, sollte an dieser Stelle nicht unterschätzt werden. Sie kann als ebenso wichtig gesehen werden, wie zentrale Rüstungsprojekte des Systems.

Daher kann Pfitzer als wichtiger Mit-Planer des deutschen Angriffskrieges betrachtet werden.

1943 schied er krankheitsbedingt aus seinem Amt aus.

Quellen/Literatur:

Wolfgang Torge: „Geschichte der Geodäsie in Deutschland“, Berlin, 2007, S. 299f.

Albert Pfitzer: „Aufgaben und Aufbau einer Reichsvermessung“, Zeitschrift für Vermessungswesen, Heft 1, 1936, S. 1-18.

Ders.: „Großdeutschlands Vermessungs- und Kartenordnung“, ZfV, Heft 16, 1939, S. 489 – 506.

Einstufung durch die Kommission: **Aktive Unterstützung des NS-Regimes**

Empfohlene Maßnahme: **Anbringung eines erläuternden Zusatzschildes unter Berücksichtigung der vorgenannten Expertise des Sachverständigen Dr. Hanno Balz**

Ferdinand Porsche (1875 – 1951)

Recherche Dr. Balz:

Porsches Rolle im Nationalsozialismus gilt als umstritten, aber recht gut erforscht. Als genial eingeschätzt, wurde er schnell zu Hitlers Lieblingsingenieur, der ein hohes Maß an Freiheiten genießen durfte. So gelang es Porsche aufgrund seiner Position und seiner persönlichen Beziehung zu Hitler, den Auftrag für die Konstruktion des „Volkswagens“ später „KdF-Wagen“ zu erhalten. Bis Kriegsende wurde der spätere VW-Käfer jedoch nicht ausgeliefert. Wichtiger waren schließlich Porsches Rüstungsprojekte im 2. Weltkrieg, so beispielsweise der bekannte Kübelwagen der Wehrmacht, der auf dem Modell des „Volkswagens“ beruhte.

In ihrem Standardwerk zum Volkswagen-Konzern im Nationalsozialismus schreiben Mommsen und Grieger: „Porsche gehörte zu den Technikern, die die ungeahnten produktiven Freiräume, die das Regime ihnen plötzlich eröffnete, um jeden Preis zu nutzen entschlossen waren, ohne sich an den Rahmenbedingungen zu stoßen“.

Porsche legte in den 30er und 40er Jahren eine Bilderbuchkarriere hin, wurde mit diversen Preisen ausgezeichnet (u.a. mit dem hochdotierten „Deutschen Nationalpreis“) und dem Kriegsverdienstkreuz I. Klasse. Er war seit 1937 Parteimitglied und wurde später zum SS-Oberführer „ehrenhalber“ ernannt.

Porsche stand vor allem über die von ihm geleiteten Rüstungsprojekte spätestens seit Kriegsbeginn im Zentrum der Macht. So leitete er beispielsweise auf Empfehlung von Fritz Todt die einflussreiche „Panzerkommission“. Seine eigenen Panzerkonstruktionen erwiesen sich allerdings als Fehlschlag.

Die Beschäftigung von ca. 20.000 Zwangsarbeitern im Volkswagenwerk gilt seit der Untersuchungskommission unter Mommsen als historisch gesichert. Porsche selbst handelte mit Himmler aus, die SS gewinne bei Volkswagen an Einfluss, wenn sie dafür KZ-Häftlinge dem Werk überstellt. In dem Anfang 1942 (kurz vor dem Beschluss zur „Endlösung“) zwischen Porsche und Himmler ausgehandelten Abkommen hieß es, „Fertigstellung, Ausbau und Betrieb der Gießerei [seien] dem Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei zu übertragen [...] der dafür die Arbeitskräfte aus den Konzentrationslagern stellt.“

In einem Vermerk, der im Bundesarchiv Berlin archiviert ist, fand sich auch die Anfrage Porsches nach KZ-Häftlingen als Arbeitskräfte:

III/4 249
Fernschreiben

Geheime Reichssache!

Dringend!

4-Obergruppenführer P o h l

B e r l i n .

Lieber Pohl!

Professor P o r s c h e hat mich heute besucht. Er bittet uns, ein Werk für die Fabrikation einer Geheimwaffe, die in einem Bergwerk unter Tag stattfindet und 3 1/2 Tausend Arbeitskräfte braucht, als KL-Betrieb zu übernehmen.

Nehmen Sie doch bitte mit Porsche Verbindung auf.

Heil Hitler!

Ihr

gez. H. Himmler.

4.3.44 RF/M.

4. 3. 2317.
VSE/RS

In seinem eigenen Sportwagen-Betrieb in Stuttgart beschäftigte Porsche ca. 300 Zwangsarbeiter. Ein Überlebender berichtet, wie die polnischen Zwangsarbeiter während der Luftangriffe nicht in die Bunker durften, sondern im Fabrikgebäude bleiben mussten, um

mögliche Feuer zu löschen. Zu diesen Fakten hat sich die Firma Porsche erst sehr spät und sehr zögerlich bekannt.

Ebenso war Porsche an der Konstruktion der „V 1“ und „V 2“ beteiligt, bei deren Herstellung durch Häftlinge des KZ Mittelbau-Dora mehr Menschen ums Leben kamen als durch den Einsatz der Raketen selbst.

1946/47 wurde Porsche in franz. Haft genommen. Zum Ende des Krieges hatte er bereits vorausschauend sein Konstruktionsbüro und sein Vermögen in die alte Heimat nach Österreich geschafft, wo er schnell rehabilitiert war. Er hat sich seiner Verantwortung im NS nie gestellt.

Fazit Mommsens: „Er stellte den Prototyp des ausschließlich an technologischen Fragen interessierten Fachmanns dar, der sich aber andererseits nicht scheute, die Herrschenden direkt anzugehen, wenn es um die Interessen des Volkswagen-Werkes ging. Unter den Industrieführern der NS-Zeit nahm Porsche ebenso eine Sonderstellung ein wie in der politischen Führungselite.“

Literatur:

Akten des Persönlichen Stabs Reichsführer SS, Bundesarchiv Berlin.

Hans Mommsen/Manfred Grieger: „Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich“, München, 1996.

Stefan Aust/Thomas Amman: „Die Porsche-Saga. Eine Familiengeschichte des Automobils“, Köln, 2012.

Hermann G. Abmayr (Hg.): „Stuttgarter NS-Täter. Vom Mitläufer bis zum Massenmörder“, Stuttgart, 2009.

Nils Klawitter: „The Dark Pre-History of the World's Favorite Sports Car“, Spiegel-Online international, 10.1.2009.

Einstufung durch die Kommission: **Aktive Unterstützung des NS-Regimes**

Empfohlene Maßnahme: **Anbringung eines erläuternden Zusatzschildes unter Berücksichtigung der vorgenannten Expertise des Sachverständigen Dr. Hanno Balz**

Walter Delius (1884 – 1945)

Recherche Dr. Balz:

Delius war promovierter Jurist und Verwaltungsfachmann. Ab 1917 war er Bürgermeister von Geestemünde (später Oberbürgermeister) und ab 1924 Oberbürgermeister von Wesermünde. Er war Mitglied der DVP.

Delius gelang es, teilweise durch direkte Intervention bei Hermann Göring, seine Stadt Wesermünde mit dem zuvor bremischen Bremerhaven zu vereinigen, was mit den nationalsozialistischen Gebietsreformen schließlich 1939 vollzogen wurde. Er machte sich damit in Bremen erwartungsgemäß keine Freunde. Vor allem von Seiten des bremischen Staatsamtes wurde gegen Delius agitiert. Hier lässt sich sogar eine interne Schrift finden mit dem Titel „Wer ist Dr. Delius“. In dieser wird er als unzuverlässig und immer wieder von der lokalen NS-Presse angegriffen dargestellt, er sei daher kein zuverlässiger Parteigenosse. Natürlich, so heißt es dort weiter, handele Delius mit seinen Vereinigungsplänen gegen die ureigensten Interessen Bremens. Der denunziatorisch-überspitzte Ton ist in diesem Papier nicht zu überlesen. Delius war auch erst 1937 in die NSDAP eingetreten.

Generell ist der Fall Delius kompliziert zu beurteilen, zeigt am Ende jedoch, dass man kein glühender Nationalsozialist zu sein brauchte, um das System maßgeblich zu stützen.

So war Delius zunächst sicher kein Nationalsozialist, aber bereit, für seine politischen Ambitionen die Nähe zum NS-System zu suchen und diesem später bedingungslos seine Dienste anzubieten. Er trat dabei als gewissenhafter Bürokrat, Macher und „Problemlöser“ auf. Als ausgewiesener und erfahrener Verwaltungsfachmann wurde Delius mit Kriegsbeginn an verschiedenen Stationen in den eroberten und besetzten Gebieten in der Zivil- und Militärverwaltung eingesetzt. Zunächst kam er als vorübergehender Oberbürgermeister in das oberschlesische Chorzów (Königshütte), direkt nachdem die Wehrmacht den Ort eingenommen hatte. Er war dort vom 6.9. 1939 bis zum 28.10. 1939 mit dem Aufbau einer zivilen Verwaltung betraut. In seiner ersten Bekanntmachung nach Dienstantritt hieß es: „(...) Im Übrigen ist Ruhe und pflichttreue Arbeit die erste Bürgerpflicht. Im Vertrauen auf unseren großen Führer und das mächtige Großdeutsche Reich, das sich nunmehr auch hinter unsere Stadt Königshütte stellt, wollen wir unsere Aufbauarbeit im Sinne des Nationalsozialismus beginnen.“

Die Verwaltungsarbeit als kurzzeitiger Oberbürgermeister muss hier in den Kontext des Kriegs gegen Polen und der folgenden Besatzungs- bzw. Eingemeindungspolitik gestellt werden. Zwei Tage vor dem Eintreffen Delius' nahm die Wehrmacht Königshütte ein und brannte die dortige Synagoge nieder. Eine Aufgabe des Oberbürgermeisters war in der Folgezeit die Verwaltung der Wohnungen und Geschäfte jüdischer und polnischer Bewohner, die aus Königshütte geflohen waren. Hier setzte später auch schnell die „Arisierung“ der Besitztümer ein. Delius beauftragte Hinrich Wilhelm Kopf als „Generaltreuhänder des Vermögens derjenigen Personen (...), welche aus Königshütte O/S. nicht nur vorübergehend abwesend oder geflüchtet sind.“ Kopf wurde nach dem Krieg von der polnischen Regierung auf die Liste gesuchter Kriegsverbrecher gesetzt, von den Briten jedoch nicht ausgeliefert. Seine Rolle bei der Enteignung und Aussiedlung von Polen und Juden ist bis heute nicht ganz klar. Kopf war später erster Ministerpräsident von Niedersachsen.

Im August 1940 wurde Delius nach Antwerpen abberufen, um die dortige Besatzungsverwaltung als ziviler Stadtkommissar innerhalb der Oberfeldkommandantur zu organisieren. Er war in dieser Hinsicht offenbar inzwischen zu einem bei den deutschen Besatzern gefragten Experten geworden.

Über den Einsatz in Antwerpen, der bis zum Januar 1942 dauerte, verfasste Delius einen Aufsatz in der Fachzeitschrift „Deutsche Verwaltung“. Dieser Text ist recht nüchtern und

beschreibt die Versuche einer Neuorganisation der Gemeindeverwaltungen. Dennoch ist ein nationalsozialistisch gefärbter Duktus nicht zu überlesen. Delius stellt sich offenbar auch bei der Verwaltungsreform in den Dienst der nationalsozialistischen Sache. So schreibt Delius: „Die Gemeindeverwaltung wies vor allem den Mangel auf, dass sie völlig vom demokratisch-parlamentarischen Prinzip beherrscht wurde (...) Der Bürgermeister hatte keinerlei Führerrechte“.

In Antwerpen hatte die Wehrmachtsverwaltung einen bestimmenderen Einfluss auf die Judenverfolgung als in den anderen besetzten belgischen Städten. Die ersten anti-jüdischen Verordnungen von Seiten der Besatzungsbehörde ergingen in Antwerpen im Oktober 1940. Im Mai 1941 wurden schließlich die Verordnungen für die dann folgenden „Arisierungen“ jüdischen Besitzes erlassen. Dies bedeutet, dass der Beginn und die Ausweitung der Verfolgungszeit in die Amtszeit von Delius in Antwerpen fällt. Die Deportationen der belgischen jüdischen Bevölkerung setzen jedoch erst 1942 ein.

Delius scheint an den antisemitischen Maßnahmen in Antwerpen direkt beteiligt gewesen zu sein. So schreibt der belgische Historiker Lieven Saerens: „Bezüglich anti-jüdischer Maßnahmen zeigte sich Antwerpen nicht nur manchmal als Vorreiter, sondern es wurden auch durch die lokale Feldkommandatur, vertreten durch Dr. W. Delius, Maßnahmen erlassen, die wir in keiner anderen Belgischen Region wieder finden. Ab Donnerstag, dem 25. September durften sich Juden im Großraum Antwerpen nicht mehr in öffentlichen Parks oder Badestalten aufhalten und es war jede Art von Versammlung – die Verordnung sprach von grundlosem/sinnlosem Stehenbleiben auf öffentlichen Wegen und Plätzen – verboten.“ Auch das Institute of Jewish Affairs des American Jewish Congress erwähnt Delius in seinem Bericht „Hitler's ten year war on the jews“ aus dem Jahr 1943: „A partial roster of Germans responsible for the crimes committed against Jews in Belgium includes: Hauptmann Asche, Chief of the Jewish Section of the Gestapo; Hauptmann Duntze, Chief of the Rosenberg Office in Belgium; SS leader Dr. Delius (...)“.

Zwar wird hier Delius fälschlich als SS-Mitglied bezeichnet, allerdings verweist die Nennung hier darauf, dass Delius in den Berichten belgischer Juden an den Jewish Congress eine Rolle gespielt haben muss. Er wurde offenbar definitiv als mitverantwortlich für die Verfolgung der belgischen Juden angesehen.

Noch schwieriger wird es, die nächste Station in der Verwaltungskarriere von Delius zu beurteilen. Ende August 1942 geht es für Delius kurz hinter die Front in die Ost-Ukraine. Hier wird er für vier Monate Leiter der Militärverwaltungsabteilung der Oberfeldkommandantur Donez (damals sowj.: Stalino, heute: Donezk) im Range eines Kriegsverwaltungsabteilungschefs und stand der Abteilung VII (Militär- bzw. Kriegsverwaltung) vor. Diese hatte eine geordnete landeseigene Gemeindeverwaltung aufzubauen und zu kontrollieren sowie die von den Wirtschaftsdienststellen beabsichtigten wirtschaftlichen Maßnahmen zu unterstützen. Die Kontrolle und Lenkung der Gemeindeverwaltung sollten aber vor allem die Feld- und Ortskommandanturen übernehmen (dort waren entsprechende Abteilungen VII eingerichtet).

Den Befehlshabern wurden zur Aufgabenerledigung neben einzelnen Kommandanturen mehrere Sicherungs-Divisionen als Truppenverbände für die Aufrechterhaltung der militärischen Ordnung, die Sicherung der Nachschubwege sowie auch für die Versorgung und den Transport der Kriegsgefangenen zugeteilt. Häufig operierten sie in ihrem Zuständigkeitsbereich zusammen mit den dem jeweiligen Höheren SS- und Polizeiführer

unterstehenden Ordnungspolizei-Verbänden und SS- bzw. SD-Einheiten, die faktisch auch die durch die Befehlshaber geschaffenen organisatorischen Strukturen (schließlich bildeten die Kommandanturen das Netzwerk der Militärverwaltung auf Verwaltungsbezirksebene) als Voraussetzung für die systematischen Massenmorde an der jüdischen und slawischen Bevölkerung in den besetzten Ostgebieten darstellten.

Hier befindet sich Delius nun in verantwortungsvoller Position im Umfeld des Vernichtungskriegs im Osten. Der östliche Teil der Ukraine, also auch Stalino, unterlag der deutschen Militärverwaltung, während der westliche Teil nach der Okkupation zum Generalgouvernement, bzw. zum Reichskommissariat Ukraine gehörte. Die Ukraine war zentraler Schauplatz deutscher Kriegsverbrechen und des Holocaust. So wurden auch in Stalino im April 1942 das dortige Ghetto geräumt und vor Ort 3.000 Juden ermordet. Zu Beginn des 2. Weltkrieges betrug die Einwohnerzahl Stalinos 507.000, 1945 nur noch 175.000 – große Teile der wichtigen Industriestadt waren zerstört. Noch im Sommer 1942 verhungerten täglich zwischen 10 und 25 Personen in der Stadt. Erst ab Juni 1942 wurden hier Maßnahmen ergriffen, um die Situation zu verbessern. Delius kam also zu einer Zeit nach Stalino, als die schlimmsten Auswüchse deutscher Besatzungspolitik bereits ihren Höhepunkt überschritten hatten.

Nachdem er 1943 nach Bremerhaven zurückgekehrt war, verfasste Delius einen 85-seitigen unveröffentlichten Bericht über seine Zeit in Stalino, der teilweise einem Reisebericht ähnelt, vor allem aber seine Tätigkeit und Aufgabenfelder vor Ort beschreibt. Dieser Bericht ist allerdings quellenkritisch zu hinterfragen, auch wenn er einigen Aufschluss über Delius' Rolle im Rahmen der deutschen Besatzungspolitik geben kann. An verschiedenen Stellen des Berichtes scheint eine insgesamt relativ korrekte Haltung des Verfassers gegenüber der Zivilbevölkerung durch, - er ist nach wie vor kein glühender Nationalsozialist.

Die allgemeine Situation in der Ukraine war von einem Kompetenzgerangel zwischen dem Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, dem Auswärtigem Amt, Sipo (Sicherheitspolizei) und SD sowie Wehrmacht gekennzeichnet. So vertraten der Reichskommissar der Ukraine, Erich Koch, und der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete Alfred Rosenberg zwei verschiedene Linien in der NS-Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik. Koch war Rosenberg nominell unterstellt. Während Rosenberg dafür plädierte, ukrainische Bündnispartner für den Kampf gegen die Sowjetunion zu gewinnen und ihnen gegenüber eine "liberalere" Politik zu verfolgen, verfocht Koch das Prinzip der ökonomischen Auspressung bis zum Letzten. Offenbar vertrat Delius die Position Rosenbergs, - er sorgte sich darum, die ukrainische Zivilbevölkerung nicht gegen die Besatzer aufzubringen und mittels einer effektiven Besatzungsverwaltung hier für „geordnete“ Verhältnisse zu sorgen.

Im November 1942 verfasst Delius schließlich seinen gedruckten Abschlussbericht für seine Vorgesetzten, in welchem er seine Auffassungen einer Besatzungspolitik festhält: „Im besetzten Gebiet muss die landeseigene Verwaltung in erster Linie dem Kriegszweck dienstbar sein. Ihre vornehmste Aufgabe ist daher, die deutsche Kriegsführung dadurch zu unterstützen, dass sie die Ordnung und Sicherheit unter der Zivilbevölkerung aufrecht erhält und die personellen und wirtschaftlichen Kräfte des Landes deutschen Zwecken zur Verfügung stellt. Ebenso wie in der Heimat gehen die Anforderungen und Bedürfnisse der deutschen Wehrmacht allem anderen vor.“

Der Kriegszweck verlangt dabei aber auch, dass die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung nicht vernachlässigt, sondern – soweit mit den Kriegszielen verträglich – möglichst vollkommen erfüllt werden. Die deutsche Militärverwaltung ist auf die Mitarbeit der Bevölkerung angewiesen. Diese darf daher nicht nach einem kolonialen Ausbeutungssystem behandelt werden, sondern muss der Fürsorge der Militärverwaltung für ihre notwendigsten Lebensbedürfnisse gewiss sein.

Eine hungernde Bevölkerung wird nicht in der erforderlichen Masse zur Mitarbeit herangezogen und in Ruhe und Ordnung gehalten werden können. Krankheiten unter den Einwohnern können schließlich auch die Wehrmattsangehörigen gefährden. In einer im Winter frierenden Bevölkerung wird die feindliche Propaganda einen guten Nährboden finden.“

Hier drückt Delius selbstbewusst und mutig seine Meinung in Bezug auf eine Besatzungspolitik aus, - und diese steht den Planungen Hitlers konträr gegenüber. In Hitlers Konzeption vom "deutschen Lebensraum im Osten" war vorgesehen, im Zuge der nächsten zwanzig Jahre auf dem Gebiet der Ukraine 20 Millionen Deutsche anzusiedeln. Die Ukraine sollte für das Deutsche Reich die Rolle einer Kolonie spielen, die ökonomisch rücksichtslos ausgeplündert werden sollte.

Delius schließt in seinem Bericht: „Wenn es ihnen gelingt, mit Hilfe der landeseigenen Verwaltungen die Sicherheit und Ordnung in ihrem Bezirk aufrecht zu halten und die personellen und materiellen Kräfte ihres Bezirks den deutschen Kriegszielen nutzbar zu machen, wird ihre Arbeit wesentlich zum Endsiege beitragen.“

Gegenüber diesem Abschlussbericht finden sich jedoch Unterlagen, die von Delius gezeichnet sind im Bundesarchiv, in welchen er u.a. die Lagebesprechungen mit Vertretern der SS- und Polizeiführung (vor allem in Bezug auf die sogenannte „Bandenbekämpfung“) erwähnt und dass es hier noch Kompetenzstreitigkeiten gebe.

In einer längeren dienstlichen Anordnung, gezeichnet von Delius, vom 24.9.1942 heißt es:

"g) Gesetzes- und Rechtsanwendung.

Die bisher noch unklare Frage der Zuständigkeit zur Vollstreckung von Todesurteilen ist durch einen besonderen Befehl des Oberfeldkommandanten geregelt worden. Es ist bestimmt, dass die Angelegenheiten, für welche an sich der S.D. und die GFP [Geheime Feldpolizei, H.B.] zuständig sind, zur Entscheidung über die Vollstreckung unmittelbar an diese Stellen abzugeben sind. Die Fälle der politischen und von Juden begangenen Verbrechen sollen daher dem SD und die Fälle der Spionage, Sabotage und Bandenverbrechen der GFP abgegeben werden. Die Kommandanten bleiben danach zuständig für die übrigen Verbrechen. Sie haben jedoch zu jeder Vollstreckung eines Todesurteils die Genehmigung eines Oberfeldkommandanten vorher einzuholen, es sei denn, dass eine Verzögerung der Vollstreckung die Sicherheit gefährden würde. (...)

Juden sind in bemerkenswerter Zahl nur noch im Bereich Woroschilowgrad vorhanden, z.B. in der Stadt Woroschilowgrad 1038 in Woroschilowks rund 100 (...)

gez.: "Der Oberfeldkommandant I.V. Delius KV-Abteilungschef" (Bundesarchiv, RH 22-206)

Delius verfügte also, dass er, bzw. die OFK Donez bei der Verhängung von Todesurteilen das letzte Wort haben sollten.

Es wird deutlich, dass sich Delius nun im Zentrum der Vernichtungspolitik im Osten befindet. So schreibt er beispielsweise in seinem Bericht lapidar zu der Zusammenarbeit mit Polizei, SS und SD: „Den Polizeikräften des SS-U. Pol. Fü. Im Donezgebiet ist lediglich im Wege der Delegation eine Strafbefugnis bis zu 1000 Rubel Geldstrafe oder 8 Tagen Freiheitsstrafe eingeräumt worden (...). Auch dem SD steht außerhalb dieses Rahmens nur die Bestrafung wegen politischer Straftaten oder solcher, die Juden betreffen, zu. (...) Das Beschlagnahmerecht hat der Einsatzstab auch gegenüber Kulturgütern, die im Eigentum oder Besitz von Juden stehen, herrenlos sind oder deren Eigentümer sich nicht einwandfrei feststellen lassen.“

Dies ist ein indirekter Verweis auf den Holocaust. Von der Vernichtungspolitik muss Delius gewusst haben, er hat seine Verwaltungsarbeit in diesem Rahmen pflichtbewusst erfüllt und in seiner leitenden Position mit den Organen der Vernichtungspolitik, wie dem SD, zusammen gearbeitet, - mehr noch: SS- und Polizei waren vor Ort der Oberfeldkommandantur unterstellt. So ist die OFK zuständig für die „Anwerbung“ von „Fremdarbeitern“. Zunächst melden sich hier noch viele Ukrainerinnen und Ukrainer freiwillig für den Arbeitseinsatz in Deutschland, diese Bereitschaft lässt aber merklich nach, nachdem sich herumspricht, was die „Fremdarbeiter“ im Reich an Arbeits- und Lebensbedingungen erwartet. Daher heißt es in einem Befehl an die OFK: "Wird die Zahl der Bewerber nicht erreicht, so werden den Gemeinden durch die Feld- u. Ortskommandanturen Mindestauflagen auferlegt." Außerdem seien die Ausweise von Juden mit einem „J“ zu versehen.

Ausdrücke antisemitischer Einstellungen sind jenseits der amtlichen Befehlssprache bei Delius soweit nicht zu finden, doch äußert er in seinem unveröffentlichten Privatbericht teilweise genuin nationalsozialistische Sichtweisen, so wenn er hier von einem „slawischen Zerstörungsfanatismus“ und von „Bolschewistenterror“ spricht, auch bemerkt er, etliche „Volksdeutsche“ seien „vom Slawentum angekränkelt“. Bauernjungen machten bei ihm teilweise einen „verlawten Eindruck“.

Man bekommt auch den Eindruck, Delius wird durch den Krieg, vor allem im Osten, allgemein moralisch indifferenter. So schreibt er: „Unsere OFK. stellte im September Minenkommandos aus Kriegsgefangenen auf, die allmählich die Entminung vornehmen sollten. Auch ein deutsches Strafbatallion wurde dafür eingesetzt. Oft fanden sich Ukrainer, die sich freiwillig gegen Belohnung dieser sehr gefährlichen Aufgabe unterzogen. Allerdings musste an einer Stelle beanstandet werden, dass sie sich die Arbeit zu leicht machten, indem sie die Minen nur oberflächlich frei legten und durch Scharfschützen abschießen ließen, wodurch ihre Wiederverwendung unmöglich gemacht wurde.“

Hierzu heißt es in einem Protokoll einer Dienstbesprechung zwischen Delius und dem befehlshabenden General von Claer: "Militärisch wichtig: energisches Durchgreifen. Jeden Widerstand schärfstens brechen, jedoch Wille zur Mitarbeit ausnutzen. (...) Entminung im Raume der HKL durch Pioniertrupps aus Kriegsgefangenen nötig."

Demgegenüber äußert sich Delius an anderen Stellen verhalten kritisch gegenüber Misshandlungen an der Zivilbevölkerung oder Kriegsgefangenen: „Die Militärverwaltung vertrat gegenüber nach den Richtlinien des OKH. Den Standpunkt, daß die ukrainische Bevölkerung keineswegs als Kolonialvolk und nicht unter dem Gesichtspunkt der Auspressung behandelt werden solle.“

1941, so Delius, habe „der überstürzte Anfall der Millionenmassen von Kriegsgefangenen teilweise zu unhaltbaren Zuständen geführt“. Doch 1942 besuchte Delius selbst Kriegsgefangenenlager vor Ort und stellte fest, dort sei „die Unterbringung und Versorgung unserer Kriegsgefangenen in Ordnung. Wenn trotzdem die Sterblichkeit unter ihnen zeitweise hoch war, so lag das an dem heruntergekommenen Zustand, in dem sie von der Front in die Lager gelangten.“

1943 übernahm Delius wieder das Oberbürgermeisteramt in Geestemünde. Nach dem Einmarsch der Alliierten wurde er am 19.5. 1945 verhaftet und in mehreren Lagern interniert. Zuletzt im Internierungslager in der Bremer Lettow-Vorbeck-Schule. Hier erkrankte er schwer und starb am 18.12.1945 in einem Bremer Krankenhaus.

Nach seinem Tod gab es ein Spruchkammerverfahren, - dies war üblich, um die Rentenansprüche der jeweiligen Witwe zu überprüfen. In den Akten finden sich Aussagen ehemaliger Magistratsangestellter, die Delius entlasteten, zumindest was seine Einstellung der Partei gegenüber betraf. So sollte er 1933 eigentlich entlassen werden, es habe aber an fähigen Alternativen gemangelt. Delius sei auch später „kein innerlich ehrlicher Nazi“ gewesen. Ein Verwaltungsdirektor gab als Zeuge an, Delius habe vor allem nach den schweren Luftangriffen der 40er Jahre ständig mit der Parteiführung „Differenzen“ gehabt. Er sei der Partei nur aus formalen Gründen beigetreten. In den letzten Kriegstagen soll er sich zudem energisch darum bemüht haben, eine sinnlose Verteidigung Wesermündes zu verhindern.

Delius hinterlässt ein ambivalentes Bild. Er war durch und durch Technokrat, der sich in den Dienst der jeweiligen staatlichen Ordnung stellte. Bemerkenswert ist, dass er dennoch auch zu Kritik am NS-System fähig war und diese auch, geschützt durch seine hohe Position, in Maßen äußern konnte. Dennoch war er entscheidend am Funktionieren der nationalsozialistischen Eroberungs- und Besatzungspolitik im 2. Weltkrieg beteiligt. Letztlich sicherte er den Rückraum der deutschen Eroberungen und bereitete eine langfristige Machtstellung deutscher Interessen in Europa vor. Vor allem seine aktive Beteiligung an den Verfolgungsmaßnahmen gegenüber den belgischen Juden und möglicherweise auch gegenüber der jüdischen Bevölkerung in der Ukraine machen ihn zu einem Teilhaber an der verbrecherischen Politik des Nationalsozialismus, - auch ohne dass er ein bekennender Nationalsozialist gewesen sein muss. Dass er Selbstzweifel an seiner Rolle hierbei hatte, wird nicht ersichtlich.

Literatur/Quellen:

Manfred Ernst: „Die Oberbürgermeister Waldemar Becké und Walter Delius“, in: Jahrbücher der Männer vom Morgenstern, 86/2007, Bremerhaven, S. 107 – 127.

Hans Wohltmann: „Walter Delius 1884 – 1945“, in: Niedersächsische Lebensbilder, Bd. 4, Hildesheim 1960, S. 97 – 102.

Entnazifizierungsakte Käthe Delius, Staatsarchiv Bremen.

Akten der deutschen Militärverwaltung in der Ukraine, Bundesarchiv Militärarchiv Freiburg.

Akten des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete, Bundesarchiv Berlin.

Walter Delius: „Wandlungen der belgischen Gemeindeverwaltung während der deutschen Besetzung in den Jahren 1940 und 1941“, in: „Deutsche Verwaltung“, Heft 10, 25. Mai 1942, S. 182 – 186.

Walter Delius: „Das Donezbecken. Persönliche Erlebnisse und Erfahrungen im Jahre 1942“, Typoskript, 1943.

Walter Delius: „Verwaltungs-Aufgaben der Ortskommandanten“, Stalino, 1942.

Paul Rother: „Chronik der Stadt Königshütte Oberschlesien“, Dülmen, 1995.

„Landrat müßte man sein“, Der Spiegel, 17/1955.

Christoph Diekmann (Hg.): „Kooperation und Verbrechen. Formen der ‚Kollaboration‘ im östlichen Europa 1939 – 1945“, Göttingen, 2003.

Dieter Pohl: „Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941 – 1944“, München, 2008.

Herwig Baum: „Varianten des Terrors. Ein Vergleich zwischen der deutschen und rumänischen Besatzungsverwaltung in der Sowjetunion 1941 – 1944“, Berlin, 2011.

Nico Wouters: "Oorlogs Burgermeesters 40/44. Lokaal bestuur en collaboratie in Belgie", Tielt, 2004.

Lieven Saerens: "Vreemdelingen in een wereldstad. Een geschiedenis van Antwerpen en zijn joodse bevolking (1880 - 1944)", Tielt, 2000.

Institute of Jewish Affairs: „Hitler’s Ten-Year War on the Jews“, New York, 1943.

Einstufung durch die Kommission: **Aktive Unterstützung des NS-Regimes**

Empfohlene Maßnahme: **Anbringung eines erläuternden Zusatzschildes unter Berücksichtigung der vorgenannten Expertise des Sachverständigen Dr. Hanno Balz**

Uwe Lissau
Vorsitzender